

Datum: 11.07.2022
Telefon: +49 (89) 233-92735

@muenchen.de



Anlage 2
Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V06818 Auswirkungen der Ukraine-Krise – Erhöhung der personellen Ausstattung des Amtes für Wohnen und Migration

Beschlussvorlage für den Sozialausschuss am 21.07.2022

Öffentliche Sitzung

An das Sozialreferat

Die Stadtkämmerei erhebt gegen die o.g. Beschlussvorlage grundsätzlich keine Einwendungen.

Die Ausführungen zur Unabweisbarkeit und Unplanbarkeit sind aufgrund der vorherrschenden geopolitischen Lage nachvollziehbar.

Die Stadtkämmerei möchte darauf hinweisen, dass sämtliche Maßnahmen nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (vgl. Art. 61 GO) getroffen werden müssen. Vor dem Hintergrund der momentanen finanziellen Situation der Landeshauptstadt München und auch im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung in den kommenden Jahren ist kein finanzieller Spielraum vorhanden.

In der vorliegenden Beschlussvorlage geht es zum Großteil um die Zuschaltung von Personal zur Bewältigung der Ukraine-Krise.

Mit der Beschlussvorlage werden aufgrund des geltend gemachten zusätzlichen Personalbedarfs zwei weitere Fahrzeuge sowie ein Fahrzeug für eilige Sach- und Personaltransporte in Höhe von 90.000 € beantragt.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das Sozialreferat über Haushaltsausgabereste bei der Gr. 935 in Höhe von rd. 7 Mio. € verfügt, die vorrangig zur Deckung dienen sollten. Es ist auch zu prüfen, ob die Beschaffung der Fahrzeuge, abhängig vom Zeitpunkt der Personalbesetzung, erst in 2023 notwendig ist und sie ggf. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für 2023 angemeldet werden können.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats.

Die Stellungnahme der Stadtkämmerei ist in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters, das Revisionsamt sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) und das Personal- und Organisationsreferat erhalten einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet
am 11.07.2022